

Buchtitel: **Haider - Österreich und die rechte Versuchung**

Herausgeber, Autor: Hans-Henning Scharsach (HG.)

Rowohlt Taschenbuch Verlag

Originalausgabe - Veröffentlicht im April 2000

Beitrag:

Hannes Androsch

Die Verpflichtung zur Erinnerung

Österreichs Vergangenheit und ihre unzulängliche «Bewältigung»

Seite 67

Hannes Androsch

Die Verpflichtung zur Erinnerung

Österreichs Vergangenheit und ihre unzulängliche «Bewältigung»

Ein chinesisches Sprichwort besagt: «Herr der Vergangenheit ist, wer sich erinnern kann, Herr der Zukunft ist, wer sich wandeln kann.» Der Transmissionsriemen zwischen Vergangenheit und Zukunft ist die Geschichte, die historische Erinnerung. So meint denn auch Primo Levi: «Wer keine Erinnerung hat, hat keine Zukunft.» Einer jüdischen Weisheit zufolge ist die Erinnerung zugleich auch das Geheimnis der Erlösung.

Das kurze 20. Jahrhundert, von Eric J. Hobsbawm als das «Zeitalter der Extreme» bezeichnet, ist für Abermillionen von Unschuldigen zu einem Inferno geworden, dessen Beschreibung Dantes Versinnbildlichung der Hölle bei weitem übersteigt. Die beiden Weltkriege, die von Hitler über Stalin bis Pol Pot verübten Verbrechen, der Genozid an den Armeniern, aber auch die jüngsten brutalen ethnischen beziehungsweise religiösen Konflikte in Ruanda, Bosnien, dem Kosovo, in Tschetschenien oder in Ost-Timor sind grausame Zeugnisse der dunkelsten Seiten des Menschen.

Der unser Fassungsvermögen übersteigende Höhepunkt des über weite Strecken so blutigen 20. Jahrhunderts ist aber der Holocaust, die Shoa. Der hohe Blutzoll, den die Bevölkerung der kriegführenden Staaten während des Zweiten Weltkrieges mit mehr als 55 Millionen Toten zu tragen hatte, kann nicht mit der Ermordung von mehr als sechs Millionen Juden, davon 65 000 aus Österreich, verglichen werden. Sie alle wurden vom Rassen-

wahn der nationalsozialistischen Ideologie in den Tod geführt. Ihrem Tod lag ein eindeutiger Vernichtungsbefehl, eine vorbedachte Mordabsicht der nationalsozialistischen Diktatur zugrunde. Die industrialisierte Ermordung von Menschen war zweifellos das schrecklichste Novum der europäischen Geschichte, eine Untat von bis dahin unvorstellbarer Dimension. An der Last dieser Schuld, aus der uns über die direkt betroffene Generation hinweg eine historische und moralische Verantwortung erwachsen ist, tragen nicht nur wir in Österreich schwer. Zudem: Wie viele jener, die in den Vernichtungstod geschickt wurden, hätten überleben können, wenn andere Staaten wenigstens ihre Grenzen offen gelassen hätten.

Mit größter Scham und tiefstem, schmerzlichem Bedauern müssen wir zur Kenntnis nehmen, was während der Nazi-Diktatur auch von Österreichern anderen Österreichern oder Dritten angetan wurde. Die Namen österreichischer Nazischergen sind hier stellvertretend ebenso anzuführen wie die von Helmut Qualtinger meisterlich gezeichnete Figur des Herrn Karl. Der Herr Karl ist die Inkarnation des Untertanen. Fünf Eide hat er leisten, fünf Nationalhymnen hat er lernen müssen. Mit der roten Dominanz hat er sich arrangiert, mit der schwarzen Diktatur hat er sich's gerichtet, von den Nazis hat er sich, darin Symbol für viele, viel zu viele Österreicher, zum Mitläufer instrumentalisieren lassen, mit den Besatzungsmächten hat er sich fraternisiert. Kein Schwein. Aber ein armer Kerl. Der Anti-Held par excellence. Im Grunde eine tragische Figur, die nicht nur bei uns zu finden war.

Dem Befund der Betroffenheit aus dem Geschehenen erwächst gleichzeitig auch die Verpflichtung, die Erinnerung daran wach zu halten und ein «Niemals wieder» entgegenzuhalten. Der Reminiszenz der nationalsozialistischen Ideologie sowie antijüdischen Vorurteilen und Stereotypen gilt es den Boden zu entziehen. Die zunehmende zeitliche Distanz zu den traumatischen Geschehnissen des Grauens darf nicht zu deren bloßer Historisierung und Relativierung im geschichtlichen Kontext verkümmern, nur weil

wir der Medusa nicht mehr direkt ins Gesicht sehen (Eric Hobsbawm). Das Vermächtnis der Opfer, der Verfolgten sowie deren Nachkommen ist: «niemals zu Vergessen»! Diese Verpflichtung wurde vom ehemaligen KZ-Häftling und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel jüngst bei dem von der schwedischen Regierung veranstalteten «Internationalen Forum über den Holocaust» erneut nachdrücklich eingefordert.

Das «Niemals vergessen» als Verpflichtung und Verantwortung, alles zu tun, um eine Wiederholung zu verhindern, muss zum Manifest einer der Humanität verpflichteten globalen Zivilgesellschaft werden. Mit dieser Verpflichtung müssen wir den Millionen jüdischen Opfern der ungeheuerlichen nationalsozialistischen Ausrottungspolitik und ihren Nachkommen im Wort stehen. Dazu mahnt mit zwingender Eindringlichkeit eine Aufschrift am griechischen Mahnmal im Konzentrationslager Mauthausen: «Das Vergessen des Bösen ist die Erlaubnis zu seiner Wiederholung.» Unser Auftrag und unsere Aufgabe ist es, bei unseren Kindern und Kindeskindern die Erinnerung an die wahr gewordene Apokalypse wach zu halten, zur Warnung und als Auftrag, auch den kleinsten Anfängen zu wehren.

Es ist unmöglich, den Genozid nicht absolut zu verdammen. Nicht zulässig aber ist die Zuweisung einer kollektiven Schuld, denn diese würde die Einzelverantwortung aufheben, worauf Kardinal König in einer moraltheologischen Darlegung schon 1946 hingewiesen hat. Dem Prinzip der Kollektivschuld und Erblast hat jüngst erst auch der ungarische Schriftsteller Péter Nádas (in einer kritischen Erörterung der Debatte zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis in der «Neuen Zürcher Zeitung» unter dem Titel «Die geheimen Tresore des Rassismus») eine deutliche Absage erteilt. Für Nádas ist das Prinzip der Kollektivschuld im Grunde selbst ein Instrument des Rassismus. Es gibt und gab keine Sippenhaftung und keine vererbte Schuld. Es gilt die Formel: «Kollektivscham und Kollektivtrauer ja – Kollektivschuld nein».

Auch wenn korrekterweise nicht außer Acht gelassen werden

darf, dass Österreich während der sieben Jahre nationalsozialistischer Herrschaft als eigener Staat und juristische Rechtspersönlichkeit zu existieren aufgehört hatte, bleibt die Verantwortung. Es enthebt uns daher nichts von der moralischen Verpflichtung gegenüber den Opfern für das ihnen angetane unvorstellbare und unfassbare Leid. Dabei kann es für die heutige Generation nicht darum gehen, Verantwortung für das Geschehene zu übernehmen, sondern aus dem Geschehenen heraus Verantwortung zu fühlen. In diesem Sinn verstanden gibt es auch keine Gnade der späten Geburt. Sehr wohl aber ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, den Opfern und ihren Nachkommen unsere ehrliche Betroffenheit und unser tief empfundenes Bedauern zu vermitteln, und wir dürfen auch nicht anstehen, sie um Vergebung zu bitten. Unser Bundespräsident Thomas Klestil sowie die beiden Bundeskanzler Franz Vranitzky und Viktor Klima haben vor dem österreichischen Parlament und in Israel wichtige Schritte der geschichtlichen Einbekenntnis und Aufarbeitung gesetzt.

Nur auf Basis einer echten, reuevollen Betroffenheit kann das Fundament für eine gemeinsame Erinnerungsarbeit geschaffen werden, um im gemeinsamen Bemühen eine Wiederholung der Geschichte, in welcher zeitgeistlich modifizierter Form auch immer, zu verhindern.

Martin Buber hat geschrieben: «Alles wirkliche Leben ist Begegnung.» Es liegt vor allem an uns, vermehrt auf unsere jüdischen Mitbürger sowie die zur Emigration Gezwungenen und deren Familien zuzugehen und einen neuen lebendigen Dialog mit Verständnis für die Last der Vergangenheit, aber mit dem Lichtblick eines neuen und verstärkten Miteinanders auf der Basis dessen, was schon geschehen ist, Wirklichkeit werden zu lassen.

Dieser Dialog erfordert neben einer genauen Kenntnis der Geschichte insbesondere auch eine hohe Sensibilität der Sprache. Dabei geht es nicht nur um die Vermeidung von Ausdrücken und Begriffen, die durch den Nationalsozialismus besetzt und entwertet wurden, sondern auch um die Unzulänglichkeit von Begriffen wie

denen der «Vergangenheitsbewältigung» oder der «Wiedergutmachung». Unser historisches Gedächtnis und unsere historische Verantwortung existiert nicht ohne das schweigende Gedächtnis der Opfer. Niemand in Europa kann sich eine Normalität wünschen, in der das schweigende Gedächtnis der Opfer nicht laut wird (Péter Nádas). Auch gutgemacht kann nicht werden, was nicht gutzumachen ist (Erich Hackl). Um neue Sprachregelungen, die von negativ besetzten Korrelationen frei sind, muss vielfach noch gerungen werden. Diese Aufgabe wird nur über neue Formen des Dialoges möglich sein. Auch in dieser Hinsicht gilt es, sich noch unaufgearbeiteten und noch nicht bewältigten Aufgaben zu stellen.

Oft wird man von ausländischen Freunden gefragt, wie es kommt, dass wir so schlecht mit unserer jüngeren Geschichte zurecht kommen. Dies lässt sich einfach erklären. Vor dem *annus mirabilis* 1955 gab es über eine längere Periode nichts, das zur österreichischen Identitätsstiftung hätte beitragen können.

Die Erste Republik, die nach dem Friedensvertrag von Saint-Germain am 10. September 1919 den verbliebenen Rest des einstigen Großreiches der Monarchie bildete, war ein Staat wider Willen, ein «Staat, den keiner wollte» (Hellmut Andics) und für den auch das Verbot eines Anschlusses an das ebenfalls republikanisch gewordene Deutschland bestand. Diesen hatten viele, darunter auch führende Sozialdemokraten wie Karl Renner, Otto Bauer oder Adolf Schärf damals für erstrebenswert gehalten. Als Konsequenz des Anschlussverbotes musste auch der ursprüngliche Name des neuen Staates von Deutsch-Österreich auf Republik Österreich umgewandelt werden.

Die wirtschaftliche Lebens- und Überlebensfähigkeit der jungen Republik wurde allenthalben tief bezweifelt. Die Wurzeln dieses Pessimismus lassen sich bis in die Habsburger Monarchie zurückverfolgen.

Die rückständige Donaumonarchie war zunehmend von natio-

nenen Gegensätzen und ungelösten sozialen Problemen gekennzeichnet. Diese waren auch eine wesentliche Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Das Amalgam aus wirtschaftlicher Not und politischer Unzufriedenheit bildete im Zusammenwirken mit tradierten Vorurteilen und Verhaltensmustern leider auch den Nährboden für den Antisemitismus: Er hatte eine lange traurige, antijudaistische Tradition im Christentum, vor allem auch in seiner römisch-katholischen Linie. Im 19. Jahrhundert kam durch Gobineau, Darwin oder Chamberlain noch eine verhängnisvolle rassistische Linie dazu. Die verqueren Lehren von Schönerer und Vogelsang und deren Apologeten bildeten den Hauptgrund für Hitlers Rassenwahn und Antisemitismus, wie Brigitte Hamann nachgewiesen hat. Sie waren neben dem Dreyfus-Prozeß aber auch mit ein Grund für die zionistische Bewegung von Theodor Herzl.

Österreich war in der Ersten Republik ein wirtschaftlich zerrütetes Land. Abgeschnitten von den einstigen wirtschaftlichen Zentren der Monarchie und belastet durch hohe Reparationsleistungen, drohte dem kleinen Land eine Hungerkatastrophe. Diese konnte nur durch Lebensmittelhilfen aus der Schweiz und den USA abgewendet werden. Eine vom Völkerbund in Genf 1922 gewährte Anleihe zur Eindämmung der Inflation bewirkte aufgrund der Auflagen zugunsten einer restriktiven Budgetpolitik schon in den zwanziger Jahren eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die durch die Weltwirtschaftskrise von 1929 dramatisch verschärft wurde.

1933 waren in Österreich bei 1,6 Millionen unselbständig Beschäftigten 557 000 Menschen ohne Arbeit, von denen rund 40 Prozent keine staatliche Unterstützung mehr erhielten. Die wirtschaftliche Abwärtsspirale wurde zusätzlich noch durch die im Mai 1933 erlassene Tausend-Mark-Sperre des soeben in Deutschland an die Macht gekommenen NS-Regimes verschärft. Jeder nach Österreich reisende Deutsche musste eine Abgabe von 1 000 Reichsmark zahlen. Die Folgen für den österreichischen Frem-

denverkehr, schon damals ein wichtiger Wirtschaftszweig, waren verheerend. Diese Gegebenheiten trugen entscheidend zur innenpolitischen Destabilisierung der jungen parlamentarischen Demokratie und der Verschärfung der innenpolitischen Lage bei. Es kam zur Ausbildung paramilitärischer Wehrverbände, des Republikanischen Schutzbundes der Sozialdemokraten sowie der Heimwehr- und Frontkämpferverbände der Christlichsozialen. Diese standen sich bald unversöhnlich gegenüber.

Nach der Ausschaltung des Parlaments und der Etablierung des autoritären Ständestaates 1933 kam es im Februar des Folgejahres zu einem kurzen, aber folgenschweren Bürgerkrieg, der zum Verbot der Sozialdemokraten führte. Im selben Jahr, am 25. Juli 1934, fand der Putschversuch der Nationalsozialisten statt. Dieser wurde blutig niedergeschlagen, mit fast 300 Todesopfern, darunter auch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. Die Nazipartei wurde daraufhin verboten, viele ihrer Mitglieder interniert, zahlreiche Nazis flüchteten nach Deutschland.

Der kleine Staat Österreich konnte sich dem Druck Hitlers noch vier Jahre widersetzen. Die nationalsozialistische Partei selbst hat bis zu ihrem Verbot nie besonderen Zulauf gehabt. Bei den letzten freien Nationalratswahlen im November 1930 errang die NSDAP nur drei Prozent der abgegebenen Wählerstimmen. 1938 gab es knapp 13 000 zahlende, illegale Mitglieder der NSDAP, das waren weniger als 0,2 Prozent der Bevölkerung. Als Hitler im Frühjahr 1938 Bundeskanzler Kurt Schuschnigg in Berchtesgaden für den Anschluss an Deutschland unter Druck setzte, verlangte dieser eine Volksabstimmung. Weil Hitler wusste, dass diese Abstimmung mit Sicherheit eine klare Mehrheit gegen den Anschluss bringen würde, wurde der gewaltsame Anschluss angeordnet. Schuschnigg beschloss seine letzte Rede im Radio mit den Sätzen: «Wir weichen der Gewalt» und «Gott schütze Österreich». Am 12. März 1938 erfolgte der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. Damit war die Annexion, Eingliederung und Gleichschaltung in das Deutsche Reich vollzogen. Nicht ein-

mal der Name Österreich blieb erhalten und selbst die Bezeichnung Ostmark wurde rasch durch Namen von Alpen- und Donaugauen ersetzt.

Von Mexiko abgesehen protestierte kein Drittstaat gegen die Annexion Österreichs (sehr zum Unterschied zur jetzigen Protest- und Isolierungsfront). Im Ausland hat man den Austrofaschismus, der illegal die Macht an sich gerissen hat, ebenso akzeptiert wie Hitler als Reichskanzler, seine antidemokratische Politik und seinen Unrechtsstaat. Fast sieben Jahre lang wurde Hitler hofiert, wie etwa bei der Olympiade 1936. Trauriger Höhepunkt dieser Politik war das Münchner Abkommen und seine Folgen.

Es ist eine Tatsache, dass der am 13. März 1938 militärisch vollzogene Anschluss Österreichs von einem erheblichen Teil der einheimischen Bevölkerung begeistert begrüßt wurde (allerdings vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Misere, innerer Zerrissenheit, politischer Polarisierung, Verfolgung Andersdenkender durch die austrofaschistische Diktatur). Der schmachvolle, beklemmende Höhepunkt fand am 15. März am Heldenplatz statt. Auch das Ergebnis der Volksabstimmung am 10. April 1938 mit einem Ergebnis von über 90 Prozent Ja-Stimmen dürfte korrekt gewesen sein. Allerdings war zuvor eine enorme Propagandawalze über das Land gerollt, und selbst Karl Renner und Kardinal Innitzer hatten die Empfehlung abgegeben, mit «Ja» zu stimmen.

Der jubelnden Menge auf dem Wiener Heldenplatz muss die große Zahl jener gegenübergestellt werden, die angsterfüllt und ahnungsvoll zu Hause saßen. Nicht zu vergessen ist auch, dass sich unmittelbar nach dem Anschluss Widerstand erhob, der ebenfalls seine Opfer forderte. Alleine zwischen dem Einmarsch der deutschen Truppen und der von Hitler inszenierten Volksabstimmung gab es rund 76 000 Festnahmen durch die Gestapo. Am 1. April, zehn Tage vor der Abstimmung, wurden die ersten politisch Verfolgten in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Darunter befand sich ein großer Teil der politischen Führungsgarnitur der späteren Zweiten Republik. 65 000 österreichische Ju-

den wurden in den folgenden Jahren verschleppt und in den KZs ermordet. Weitere 16 000 Österreicher starben in Gestapo-Haft, beinahe 20 000 kamen in den Konzentrationslagern ums Leben, knapp 3.000 wurden von den Volksgerichtshöfen zum Tode verurteilt und hingerichtet. 274 000 Soldaten und mehr als 24 000 Zivilisten kamen bei Kriegshandlungen ums Leben.

Von all diesen Geschehnissen ging keine identitätsstiftende Wirkung aus. Diese setzte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Ende der sieben Jahre währenden Nazi-Diktatur ein. Erst im Ringen um die Wiedererlangung der Freiheit, dem Bemühen um den Abzug der Besatzungsmächte sowie den Leistungen und Erfolgen beim Wiederaufbau des Landes entstand erstmals so etwas wie ein Österreich-Bewusstsein.

Österreich wurde erst nach 1945, vor allem nach 1955 zu einer Willensnation. Es bedurfte der Schrecken der Nazi-Zeit, des 2. Weltkrieges und der Besatzung, dass Sozialdemokraten und Christdemokraten, die politischen Gegner während der Ersten Republik, zusammenfanden. Beide Gruppierungen waren Opfer der Nazis geworden, ihre Vertreter landeten in den Gefängnissen und den Konzentrationslagern. Es sei aber auch erlaubt, daran zu erinnern, dass Sozialdemokraten allerdings bereits während der Zeit des Austrofaschismus, also zwischen 1934 und 1938, der politischen Verfolgung ausgesetzt waren.

Ich will zur Verdeutlichung dieses Wandels eine berührende Episode berichten, die Rosa Jochmann, bedeutende ehemalige Frauenvorsitzende der SPÖ, Überlebende des KZ Ravensbrück, in ihrer letzten Rede als sozialdemokratische Nationalrats-Abgeordnete am 1. Dezember 1966 vor dem hohen Haus angeführt hat. Nach der Befreiung des KZ Ravensbrück ist Rosa Jochmann nach Wien gefahren und hat zwei Autobusse organisiert, um die Kameradinnen aus dem Lager heimzuführen. Als der Bus in Berlin einen Zwischenstopp machte, standen hunderte Menschen vor den Autobussen und baten, sie doch in die Heimat mitzunehmen. Darunter war auch ein Mann, der vom Leid gezeichnet war. Als

Rosa Jochmann ihm sagte, sie dürften nur verfolgte KZler mitnehmen, da zeigte er ihr seinen Ausweis, auf dem der Name Josef Reither stand. Er war der ehemalige christlichsoziale Landeshauptmann von Niederösterreich. Rosa Jochmann wies ihm den besten Platz im Autobus an. Als sie ihn darauf ansprach, ob er noch immer glaube, dass Sozialdemokraten schlechte Menschen seien, erwiderte er: «Nein, ich habe da draußen im Konzentrationslager viel gelernt.» Die von ihm gewonnene Erfahrung teilte er mit vielen Sozialdemokraten, Kommunisten, Monarchisten, aber auch mit einigen früheren Nationalsozialisten, die in Ungnade gefallen waren und ins Konzentrationslager kamen.

In der Zweiten Republik wurde die Koalition zwischen den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP zur vorherrschenden Regierungsform. Diese Konkordanzpolitik hatte allerdings den Preis, die Geschichte vor 1938 zu tabuisieren. In der Folge kam es zwar zunächst zu einer strengen Verfolgung der ehemaligen Nationalsozialisten durch die Regierung, nicht aber zu einer Verfolgung der Verbrechen des Austrofaschismus, obwohl dies ursprünglich von Renner in dem von ihm entworfenen Regierungsprogramm enthalten war. In diesem Papier stellte Renner Nationalsozialisten und Faschisten auf eine Stufe. Von dieser rigorosen Haltung ist Renner 1946 allerdings wieder abgerückt. Er trat in der Folge dafür ein, das Nazi-Problem in einer differenzierten, der Mitverantwortung und Schuld des Einzelnen angepassten Weise zu lösen.

Am rigorosesten gingen die Amerikaner gegen die ehemaligen Faschisten in unserem Land vor. Diese Aufgabe war dem CIC, dem «Counter Intelligence Corps», übertragen worden, das jeder amerikanischen Armee angegliedert war. Wie hart vom CIC durchgegriffen wurde, beweist die Verhaftung von Verwaltungsbeamten, auch wenn diese nicht NSDAP-Mitglieder waren. Das CIC führte Listen von Personenkategorien mit sich, die automatisch zu verhaften waren. Diese als «Automatic Arrest List» bezeichnete Aufstellung schloss ursprünglich auch die Führer der

Heimwehren bzw. der seinerzeitigen bürgerlichen Wehrverbände ein. Sie wurden als « Faschisten » in die gleiche Kategorie wie die « Nationalsozialisten » gestellt. Es stellte sich allerdings bald heraus, dass dieses Ansinnen nicht in aller Rigorosität durchzuziehen war, weil dann zahlreiche Regierungsmitglieder und ehemalige KZ-Insassen wie Figl und Raab ebenfalls verhaftet hätten werden müssen. Von den 17 Regierungsmitgliedern der ersten Nachkriegsregierung waren 12 ehemalige KZ-Häftlinge. Dies förderte die Tabuisierung der austrofaschistischen Ära und ihrer Wurzeln.

Was die nationalsozialistische Vergangenheit betrifft, so erließ die erste österreichische Regierung harte Gesetze zur Bestrafung von Nazis und Kriegsverbrechern. Das Verfassungsgesetz über « Kriegsverbrechen und andere nationalsozialistische Untaten » aus dem Jahr 1945 war überaus streng. In mehr als 130 000 Fällen kam es zu Verfahren wegen Verbrechen nach dem Verbotsgesetz und wegen Verbrechen nach dem Kriegsverbrechergesetz. Im Rahmen der Straf- und Sühne Gesetze für alle, die im Namen des Nationalsozialismus persönliche Schuld auf sich geladen hatten, wurden knapp 600 000 Österreicher registriert. 100 000 von ihnen wurden aus öffentlichen Ämtern entlassen, fast ebenso viele erhielten Berufsverbot. Diese Verfahren, über die die Medien ausführlich berichteten, erregten in der Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit. Zur Bestrafung der Nazis gehörte auch das Verbot der Teilnahme an der ersten freien Wahl im November 1945.

Nicht nur aus heutiger Sicht ist aber das gravierende Versäumnis zu beklagen, dass im Rahmen der Entnazifizierung und der gerichtlichen Verfolgung österreichischer Kriegsverbrecher ausschließlich auf deren persönliche Schuld abgestellt wurde und eine Diskussion über eine gemeinsame österreichische Sühnepolitik gegenüber den Opfern des Holocaust und den Vertriebenen weitgehend unterblieb.

Österreich zog sich auf die Position der Opfer-These zurück, wonach die Eigenständigkeit Österreichs durch die gewaltsame Annexion durch Hitler-Deutschland ausgelöscht wurde und dem

Staat Österreich keine Schuld am Anschluss und an den sich daraus ergebenden Folgen erwuchs. Dieser Auffassung wurde auch durch die alliierten Mächte in der Moskauer Deklaration von 1943 entsprochen, in der Österreich als erstes Opfer Hitlers bezeichnet wird. Die Alliierten sahen sich Österreich gegenüber als Befreier und machten sich folglich die Wiederherstellung eines unabhängigen Österreich zur Aufgabe. Die Mitglieder der ersten österreichischen Nachkriegsregierungen kamen fast alle aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern des NS-Regimes. Sie waren als Todgeweihte selbst zu Opfern geworden. Die meisten Abgeordneten zum ersten Nationalrat nach dem Krieg waren zum Teil mehrfach politisch Verfolgte.

Im Zuge des demokratischen Festigungsprozesses in der Nachkriegsära erwies es sich als immer schwieriger, die rund 550 000 registrierten Nazis, beinahe ein Zwölftel der österreichischen Bevölkerung, auf Dauer auszugrenzen. Zudem führte der gewaltige Aderlass Österreichs an geistigem und menschlichem Potential sehr bald zu Engpässen in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. So gab es einen beträchtlichen Mangel an Lehrern, Ärzten, Apothekern, Beamten, Wirtschaftsführern.

Dies machte Amnestien notwendig. Bei den Wahlen zum Parlament 1949 waren auch die ehemaligen Nationalsozialisten wieder zugelassen. Zwischen den politischen Parteien, einschließlich der Kommunisten, setzte ein Buhlen um deren Wählerstimmen ein. Bei dieser Wahl trat erstmals auch der neugegründete VdU – Verband der Unabhängigen – an. Deren Gründung wurde vor allem von der SPÖ mit dem Ziel unterstützt, der ÖVP die Stimmen ehemaliger Nazis zu entziehen und das bürgerliche Lager zu spalten. Der VdU erzielte bei den Nationalratswahlen am 9. Oktober 1949 mit einer Wahlbeteiligung von fast 97 Prozent einen prozentuellen Anteil von knapp 12 Prozent.

Die Beendigung der Ausgrenzungspolitik gegenüber den registrierten Nationalsozialisten wurde auch durch den Beginn des Kalten Krieges beschleunigt. Im Zuge dieser Entwicklung gaben

die Westalliierten ihre Vorbehalte gegenüber den Nazis weitgehend auf und erblickten in ihnen zuverlässige Antikommunisten. So bekam etwa der SS-Spionagechef Höttl von den Amerikanern in Gmunden eine Villa zugewiesen, um sein altes SS-Agentennetz gegen den Osten wieder zu aktivieren.

Österreich wird immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, es hätte nicht genug zur Aufarbeitung seiner Geschichte getan. Genug sicherlich nicht, obwohl eine Vielzahl von Fachpublikationen und Dokumentationen zur neueren österreichischen Geschichte vorliegt. Das Problem stellt sich offensichtlich vielmehr so dar, dass zwar große Teile der Geschichte aufgearbeitet wurden, diese Ergebnisse aber nicht popularisiert und somit viel zu wenig im allgemeinen Bewusstsein verankert sind.

Österreich ist seit 1945 zu einem bedeutenden Asylland in Europa geworden. Seit 1945 sind fast zwei Millionen Menschen durch und über Österreich in die Freiheit gelangt. Darunter waren 500 000 Juden (allein 400 000 in den siebziger Jahren) aus der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten. 1956 kamen rund 256 000 Ungarn, nach 1968 etwa 100 000 Tschechen und Slowaken und nach 1979 etwa 60 000 Polen nach Österreich. Zuletzt hat Österreich 80 000 Flüchtlinge aus Bosnien aufgenommen. Seit Jahren beteiligt sich Österreich zudem auch an Blauhelm-Einsätzen und leistet hohe Spenden an die Not leidende Bevölkerung von Nachbarstaaten.

Gerade in der jetzigen politischen Befindlichkeit unseres Landes ist es besonders wichtig, über alle geographischen und sonstigen Grenzen hinweg einen Dialog einzufordern, der einer Wissens-, Kultur- und Geisteshaltung des Erinnerns verpflichtet ist und von entsprechenden Handlungsinitiativen begleitet wird.

Vom österreichischen Staat wurden seit 1945 eine Reihe von Gesetzen erlassen, die Entschädigungsleistungen und die Restitution von Eigentum vorsahen. Diese erwiesen sich in der Rückschau vielfach als ungenügend. Es sollte in diesem Zusammen-

hang aber das Faktum nicht gänzlich unbeachtet bleiben, dass Österreich, so wie die meisten europäischen Staaten auch, eine schwierige Nachkriegsperiode zu bewältigen hatte.

Österreich steht vor der Aufgabe, so rasch wie möglich und unter Berücksichtigung all dessen, was durchaus auch schon geschehen ist, bei den noch offenen Fragen, die unter dem unzulänglichen Begriff der so genannten «Wiedergutmachung» zu subsumieren sind, eine abschließende, rechtsverbindliche und globale Lösung herbeizuführen. (A global settlement with final legal closure, knowing that these can never be a moral closure for what had happened but without further claims in order that further generations can join forces to avoid repetition, with the understanding not only of tolerance but mutual respect for being different.)

Ein solcher Beschluss ist vom österreichischen Parlament verbunden mit der Bitte um Vergebung zu fassen und vom Bundespräsidenten gegenüber den Vertretern der Opfer zum Ausdruck zu bringen.

Zu einer abschließenden Regelung wird gehören müssen, alle materiellen Werte, wo dies noch möglich ist und noch nicht geschehen ist, an die eigentlichen Eigentümer und deren Erben zurückzustellen. Wo dies nicht mehr möglich ist, sind mit rechtlicher Wirkung abschließende Entschädigungen vor allem an noch lebende Opfer einschließlich der Zwangsarbeiter zu leisten.

Die jungen Menschen und die nachfolgenden Generationen müssen unbelastet von der Vergangenheit gemeinsam dafür wirken können, eine Wiederholung der Geschichte niemals wieder zuzulassen. Das namenlose Leid der Opfer des Nationalsozialismus darf aber niemals dem Vergessen anheim fallen. Wie meinte doch Nahum Goldmann: Jedes Opfer ist erst dann endgültig gestorben, wenn es vergessen wird.

Über den Holocaust und dessen Ursachen gibt es eine unüberschaubare Fülle von Literatur, Dokumentsammlungen und Forschungsberichten. Das Allgemeinwissen zu dieser Thematik greift

allerdings noch immer zu kurz, vor allem auch das Wissen um Zusammenhänge. Daher wäre nicht nur in Österreich die Initiative des schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson aufzugreifen und das Buch «Erzählt es euren Kindern. Der Holocaust in Europa» sowie ein ungeschminkter Abriss zur Zeitgeschichte der Jugend über die Schulen und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Mit der Bildung der neuen Regierung am 4. Februar dieses Jahres scheint Österreich wieder von seiner Geschichte eingeholt worden zu sein. Die mit Intoleranz und Unwissenheit gepaarten atavistischen Vorurteile scheinen den geheimen Tresoren des Rassismus entwendet worden zu sein. In unserem Land verunsichern keine Neonazis die Straßen, brennen keine Asylantenheime, werden keine jüdischen Friedhöfe geschändet, sind 10 Prozent unserer Einwohnerschaft Zuwanderer, wovon die Hälfte nach 1990 zugezogen ist. Dennoch werden wir nicht nur in Europa, sondern weltweit als Hort des Rechtsextremismus hingestellt.

Die wahren Verhältnisse in unserem Land scheinen nicht mehr zu interessieren. Das Österreich-Bild, auf das man sich international verständigt, gleicht einer virtuellen Welt, konstruiert aus Vorurteilen und Stereotypen. Das Prinzip der gründlichen Recherche scheint – zumindest was Österreich betrifft – aufgehoben. Die politische Situation in Österreich ist jedenfalls um vieles differenzierter zu betrachten, als sich in einem Schwarz-Weiß- oder, oder aktuell gesagt, einem Schwarz-Blau-Raster zeichnen lässt. Die Wahlen zum Nationalrat am 3. Oktober des Vorjahres haben den ehemaligen Koalitionspartnern, SPÖ, ÖVP wie auch dem LIF deutliche Verluste beschert. Gewonnen haben die Grünen und die FPÖ, die den zweiten Platz erreichen konnte. Die ÖVP ist, wenn auch knapp, nur mehr auf dem dritten Platz gelandet. Der Grund für diesen Wahlausgang war eine zunehmende Unzufriedenheit im Land, obwohl sich dieses auszeichnete durch hohen Wohlstand, breite Wohlfahrt, hohe Lebensqualität, niedrige Arbeitslosigkeit, geringe Inflation sowie ein hohes Maß an innerer Sicher-

heit, sozialem Frieden und einer vielleicht zu festgefahrenen politischen Stabilität.

Ungeachtet dieses positiven Befundes spürten zunehmend viele Menschen den Anbruch neuer Zeiten, die Wandel und Modernisierung einfordern. Die ehemals große Koalition bot dafür keine Visionen, Perspektiven oder Antworten. Es fehlte an zukunftsorientierter und zukunftsgestaltender Orientierung, an *leadership* für die kraftvolle Überwindung ausgeprägter Beharrungselemente. In diesem Teich der Unsicherheit und Unzufriedenheit war es für demagogische Populisten ein Leichtes, ohne Rücksicht auf irgendwelche Werte erfolgreich zu opponieren und im Wahlgang Proteststimmen einzusammeln.

Bei der letzten Nationalratswahl wollte die überwiegende Zahl der FPÖ-Wähler sicherlich der SPÖ und ÖVP nur einen Denkzettel erteilen, bildlich gesprochen, den Hecht im Karpfenteich stärken. Das Gros der Protestwähler stimmte nicht zugunsten einer schwarz-blauen Regierung, wie das Abschneiden der ÖVP deutlich genug belegt. Trotzdem wurde diese Regierungskoalition von Dr. Schüssel eingegangen. Dr. Haider nahm diese Option mit der Zielsetzung, die Salonfähigkeit für die FPÖ zu erreichen, sich selbst aber in Reserve zu halten, selbstredend an. Sein Scheinrücktritt ist eine Bestätigung dieser Strategie.

Für den Fall der Bildung einer Koalitionsregierung zwischen ÖVP und FPÖ war schon frühzeitig klar erkennbar, dass diese in den USA, in Israel und vor allem den anderen EU-Mitgliedsländern auf negative Reaktionen stoßen wird. Das wusste auch der Bundespräsident, der mit der Aufbietung der ganzen Kraft seines Amtes versucht hat, Schaden von Österreich abzuhalten. Das Faktum war auch dem früheren Außenminister bekannt, der unter anderem von Chirac und Juncker mehrfach eindringlich vor einer Regierungsbeteiligung der FPÖ gewarnt worden war. In diesem Kontext ist auch die Reaktion der EVP, der Europäischen Volkspartei, zu verstehen. Doch Dr. Schüssel meinte in seinen Ambitionen, dies alles ignorieren zu können. Ihn trieb das Kalkül,

einmal in den Sattel gehoben, werde er Haider in der Wählergunst schon davonreiten können. Tatsächlich ist es aber ein Ritt auf dem Tiger, von dem man letztlich bekanntlich gefressen wird. In den bisherigen Wahlerfolgen Haiders von 5 Prozent im Jahr 1986 auf jetzt 27 Prozent kam ihm die gegen ihn eingesetzte Ausgrenzungspolitik und der hölzerne Versuch, ihn zu ignorieren, zugute. Die Versuche, ihn mit Argumenten zu stellen oder seine politische Problemlösungskapazität durch Einbindung auf die Probe zu stellen, unterblieb. Immer dann, wenn es um konkrete Themen ging und die politische Auseinandersetzung entschieden geführt wurde, musste Haider blamable Niederlagen einstecken, wofür die Ergebnisse des EU-Referendums, des Anti-Euro-Volksbegehrens oder des Anti-Ausländer-Volksbegehrens zum Beweis stehen. Am Aufstieg von Dr. Haider und seiner FPÖ hatten aber auch viele Medien keinen geringen Anteil. Inzwischen werden die heimischen Medien in ihrer Bereitschaft, Haider eine Plattform zu bieten, von den internationalen bei weitem übertroffen. Erschreckend ist dabei das oftmals hohe Maß an Uninformiertheit und mangelnder Faktentreue. «Lernen Sie Geschichte», dieser legendäre Satz von Bundeskanzler Kreisky sollte nicht nur in Österreich Gültigkeit haben.

Die gegenwärtige Regierung ist nach parlamentarischer Arithmetik sicher legitim. Sie ist aber sicher nicht durch das Wahlvolk, den Souverän, legitimiert worden, denn der Hinweis auf die parlamentarische Mehrheit ist bestenfalls der halbe Teil der Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist: Diese Koalition stand am 3. Oktober nicht zur Wahl, und – folgt man den Meinungsumfragen – diese Regierung findet auch jetzt keine Mehrheit in der österreichischen Bevölkerung. Wie wir wissen, hatte es an rechtzeitigen Warnungen vor den Folgen für unser Land nicht gefehlt. Sie wurden mit kaum zu überbietender Leichtfertigkeit in den Wind geschlagen.

Was das Verhalten der 14 EU-Mitgliedsländer anbelangt – diesbezüglich ist genau zwischen ihnen und der EU als Gemeinschaft

zu unterscheiden –, so sind als Ursache für deren Verhalten wohl folgende Schlüsse zulässig:

Die anhaltend bewussten Provokationen Haiders und anderer, sein inakzeptabler Umgang mit den dunklen Seiten unserer Vergangenheit, seine Ausländerfeindlichkeit, seine Beschimpfungen und Bedrohungen haben genug Anlass für Reaktionen geboten, verständlicherweise insbesondere auch in den aus historischer Erfahrung sensibilisierten Kreisen von Opfern des Nationalsozialismus und deren Nachfahren.

Es ist aber auch anzumerken, dass der oft beleidigende und dumpfe Verbalradikalismus, wie er immer aus der FPÖ dröhnt, nicht die einzige Ursache für die heftigen Reaktionen der EU-Staaten ist. Die Mitgliedsländer wollten nicht zuletzt wegen vielfältiger eigener Probleme mit rechtsradikalen Gruppierungen auch mit Signalwirkung gegenüber den Beitrittsländern ein Exempel statuieren und ihre eigenen Probleme nach außen projizieren. Ob man sich dabei alle weiteren Konsequenzen hinlänglich überlegt hat, darf bezweifelt werden. Auch dann, wenn man in Überwindung nationalstaatlicher Souveränitätsillusionen akzeptiert, dass heute alle Angelegenheiten in Europa innere Angelegenheiten darstellen. Dennoch ist es aber das Recht jedes Landes, auf demokratischer Grundlage seine Regierung zu bilden.

Für die Bereitschaft Haiders, dem Vorsitzenden der drittstärksten Parlamentsfraktion zum Amt des Bundeskanzlers zu verhelfen, war dieser bereit, jeden Preis zu zahlen, auch die wissentliche Missachtung und Verletzung der Spielregeln der Europäischen Union und damit die bewusste Inkaufnahme weitreichender Reaktionen zum Schaden Österreichs. Daran ändert die Tatsache nichts, dass diese überzogen, pauschal, unangemessen und damit ungerecht sind. Man straft nicht eine missliebige Regierung, sondern ein ganzes Land und seine Bewohner, stempelt es als ein Land von Neonazis, Rechtsextremen und Antisemiten ab.

Tatsache ist im Ergebnis, dass Österreich nach außen zunehmend isoliert wird und sich im Inneren die politischen Kräfte po-

larisieren. In der Tat eine Wende, allerdings nicht zum Besseren, was immer an Erstarrung es in der SPÖ gegeben hat. Es sind nicht nur die eindrucksvollen, friedvollen Demonstrationen, die deutlich machen, wie wenig diese Regierung über Integrationsfähigkeit und gestaltende Regierungsfähigkeit verfügt.

Es ist zu hoffen, dass wenigstens der beschämende Versuch deutscher Neonazis, den Tag des Einmarsches von Hitlers Truppen in Österreich vor nunmehr 62 Jahren zu einer Sympathiekundgebung für die derzeitige Regierung zu wählen, Österreichs gegenwärtigen Vorsitzenden der Bundesregierung bewusst werden lässt, was er in Europa angestellt hat und welchen Schaden er Österreich zufügt.

Ungeachtet dessen kann vor den Gefahren einer pauschalen und unreflektierten Verurteilung Österreichs nicht genug gewarnt werden. Sie kann bei Teilen der Bevölkerung zu einer nicht zu unterschätzenden Trotzhaltung führen und damit einen Solidarisierungseffekt provozieren. Nichts lenkt von der mangelnden Performance dieser Regierung mehr ab als die undifferenzierten Maßnahmen und Reaktionen der 14 EU-Staaten. Mit seinem Rücktrittsmanöver hat Haider sehr deutlich signalisiert, was er selber von dieser Regierung hält.

Die große Distanzierung der österreichischen Bevölkerung von dieser Regierung droht in der Verteidigung und Selbstbehauptung gegenüber der Diskriminierung Österreichs unterzugehen. Österreich braucht daher mehr und verdient auch mehr internationale Solidarität und internationale Fairness. Die Mehrheit der Österreicher will ihr Land verteidigen und nicht diese Regierungskoalition.